



Von einer Kultur des Schweigens zu einer Kultur des Dialogs

**Guinea-Conakry: RPPC,
Partner des WFD**

Das tiefe Misstrauen, das zwischen der Bevölkerung und bewaffneten Sicherheitskräften durch jahrzehntelangen Machtmissbrauch besteht, wird durch ein Projekt, das vom WFD mitgegründet wurde, langsam überbrückt. Mithilfe traditioneller und moderner Methoden der Konfliktprävention entsteht Spielraum für friedliche Lösungen

Die Bevölkerung von Guinea-Conakry lebt in permanenter Angst vor Überfällen bewaffneter Banden, die ihre kriminellen Aktionen oft in Uniformen der Armee, Gendarmerie oder Polizei und mit extremer Brutalität durchführen. Gleichzeitig gehen Armee, Gendarmerie und Polizei bei Demonstrationen, Verhaftungen und Hausdurchsuchungen mit manchmal maßloser Gewalt vor. Weitgehende Straflosigkeit und eine Gerüchteküche, die von der Kultur des Schweigens genährt wird, führen dazu, dass die Grenzen zwischen Kriminalität und Sicherheitskräften verschwimmen. Die Kluft zwischen der Bevölkerung und den bewaffneten Sicherheitskräften ist die Konsequenz eines jahrzehntelangen politischen Versagens. Seit der Unabhängigkeit des Landes 1958 zeichnen sich die guineischen Regierungen durch korrupte Strukturen, Unterdrückung der Opposition und den Rückgriff auf ethnostrategische Maßnahmen aus, um Macht zu erobern oder zu erhalten. Immer wieder werden in Guinea-Conakry Menschenrechte verletzt.

Während der Diktatur des ersten Präsidenten Sékou Touré (1958-1984), der seine politischen Gegner mit Hasspropaganda gegenüber anderen Ethnien, dem berüchtigten Foltergefängnis Camp Boiro, Massenexekutionen und einem weitreichenden Spitzelwesen verfolgte, entstand aus Angst und Misstrauen eine „Kultur des Schweigens“, die bis heute in der guineischen Gesellschaft spürbar ist und die Beziehungen untereinander prägt. Auch der zweite Präsident Lansana Conté (1984-2008), der seit 1989 eine Scheindemokratie im Interesse des Zugangs zu Mitteln der bi- und multilateralen Entwicklungszusammenarbeit förderte, unterdrückte Oppositionsparteien und ließ ihre Führer inhaftieren. Als die Bevölkerung im Rahmen eines von den guineischen Gewerkschaften ausgerufenen Generalstreiks im Januar und Februar 2007 zu großen friedlichen Demonstrationen auf die Straße ging, ließ er diese vom Militär blutig niederschlagen. Es gab nach offiziellen Schätzungen 87 Tote und Hunderte von Verletzten. Die weitgehend korrupte politisch-militärische Elite ist es gewohnt, ihre Privilegien mit Waffengewalt, regulären und irregulären



Wahltag 2010

Milizen und ethnischer Hetzpropaganda gegen die protestierende Bevölkerung durchzusetzen und instrumentalisiert Polizei, Gendarmerie und Militäreinheiten in diesem Sinne. Die Sicherheitskräfte werden unter ethnostrategischen Gesichtspunkten rekrutiert. Hinzu kommt ein von der herrschenden Nomenklatura vorgegebenes Feindbild: Opposition = Feind = plattmachen (mater!). Das führt dazu, dass die politische Opposition und die hinter ihr versammelten Ethnien ständigen Übergriffen ausgesetzt sind.

Die Sicherheitskräfte sind zum Teil sehr schlecht ausgebildet, Gesetzestexte zu ihren Rechten und Pflichten sind den einfachen Soldaten oft unbekannt. Zum Thema Menschen- und Bürgerrechte sind höchstens die oberen Ränge informiert. Hinzu kommen innere Fraktionierung, Schwächung der Kommandostrukturen, Straflosigkeit bei Machtmissbrauch und Übergriffen, Abgleiten in die Kriminalität von uniformierten Waffenträgern, Drogenkonsum (Kokain) und Alkoholmissbrauch. All diese Faktoren führen zu zunehmender Desorganisation der guineischen Streitkräfte und tragen dazu bei, dass sich der Graben zwischen Zivilgesellschaft und Sicherheitskräften über Jahrzehnte hinweg fast unüberwindbar vertieft hat. Als Reaktion auf diese Situation haben sich die Organisationen der guineischen Zivilgesellschaft (OSC) – mit der Menschenrechtsorganisation Organisation Guinéenne de Défense des Droits de l'Homme

et du Citoyen (OGDH) an der Spitze – mit dem WFD zusammengetan und im Oktober 2007 ein Friedensprojekt zur „Vernetzung der Zivilgesellschaft für gewaltfreien demokratischen Wandel in Guinea“ ins Leben gerufen: Renforcement de la Paix et Prévention des Conflits (RPPC).

Das Projekt kombinierte in seiner ersten Phase von Oktober 2007 bis April 2012 moderne und traditionelle Konfliktlösungsstrategien und vernetzte die Friedensakteure.

Seit 2011 ist daraus mit der Nationalen Friedenskoalition ein Dachverband entstanden, der das gesamte Land abdeckt. Die zentrale Idee des Projekts ist, die Kultur des Schweigens durch eine neue Kultur des Dialogs zu überwinden. Der Aufbau gruppenübergreifender Strukturen mit vertrauensvollen Beziehungen im Interesse einer friedlichen Demokratisierung war das übergeordnete Ziel der ersten Projektphase. Dafür wurden

staatliche und nicht-staatliche Akteure an einen „runden Tisch“ zum regelmäßigen Austausch über aktuelle Konflikte und Probleme eingeladen. Darunter waren Führungskader aus der Regierung und der Öffentlichen Verwaltung, Mitglieder des Sicherheitssektors (Militär, Polizei und Gendarmen), Vertreter der politischen Parteien und Akteure der Zivilgesellschaft (wie Jugend, Frauen und traditionelle Würdenträger). In diesen COC-Paix genannten Friedensforen treffen sich einmal im Monat Repräsentanten aller gesellschaftlichen Gruppen jenseits ethnischer, religiöser oder politischer Zugehörigkeit zur regelmäßigen Reflexion und Planung von Aktivitäten, damit sie Konflikte vorbeugen und bearbeiten können.

Wir waren überrascht und beeindruckt, wie couragiert und offen die Vertreter der Zivilgesellschaft in den Friedensforen die ihnen auf den Nägeln brennenden Konflikte thematisieren, trotz Anwesenheit von delegierten Vertretern der Sicherheitskräfte, die mit Erlaubnis des Außenministeriums (Militär und Gendarmerie) und des Innenministeriums (Polizei) von uns eingeladen worden waren.

Wir haben festgestellt, dass die Sicherheitsoffiziere, die am COC-Paix oder an Fortbildungen über Menschenrechte der OGDH teilgenommen hatten, ihr Verhalten im Lauf der Zeit änderten. Anstelle von blinder Befehlsausübung und brutaler Repression gegen unbewaffnete Demonstranten suchten sie nach alternativen Lösungen und Handlungsstrategien und öffneten sich dafür, einen Konsens im Dialog mit den anderen gesellschaftlichen Gruppierungen zu finden.

Allerdings stieß ihr persönliches Engagement auch auf Grenzen in ihrem beruflichen Umfeld, wie die Ereignisse um einen Kommandanten zeigen. Er arbeitet in Labé, einer Provinzhauptstadt im Landesinneren. Dort hat das Projekt seinen Sitz. Im September 2009 sollte der damalige Juntachef Moussa Dadis Camara in die Provinzhauptstadt Labé kommen. Am Vorabend seines Besuchs protestierten Jugendliche gegen seine Kandidatur bei den anstehenden Präsidentenwahlen. Die Demonstration sollte gewaltsam niedergeschlagen werden. Ein Mitglied der regionalen Gendarmerie, das regelmäßig im COC-Paix von Labé teilgenommen hatte, konnte das verhindern.

Da es dem „COC-Paix-Kommandanten“ gelungen war, zwei verhaftete Jugendführer im Rahmen seiner Deeskalationsstrategie auf freien Fuß zu setzen, wurde er von der begeisterten Jugend gefeiert und auf den Schultern getragen. Daraufhin denunzierten neidische Kollegen ihn bei seinen Vorgesetzten. Ihm wurde unterstellt, er mache mit der Opposition gemeinsame Sache und kam in Haft. Erst durch Vermittlung des Projekts mithilfe des Präfekten konnte er wieder befreit werden. Aber er wurde daraufhin degradiert und verhielt sich anschließend wesentlich zurückhaltender im Kontakt mit dem Friedensprojekt. So lehnte er eine angebotene Fortbildung zum Thema „Mediation bei Konflikten in Zusammenhang mit den Wahlen“ mit dem Argument ab, er wolle sich nicht zu sehr exponieren. Er fühlte sich überwacht und bedroht. An diesem Beispiel wird die bedrückende Ambivalenz derjenigen deutlich, die sich persönlich mit dem Konzept der gewaltfreien Konfliktlösung solidarisieren, aber beruflich dem Stil der gewaltsamen Unterdrückung Andersdenkender oder zu Feinden erklärter Bürger folgen müssen.

Dennoch hilft die enge Zusammenarbeit zwischen staatlichen Akteuren inklusive Sicherheitskräften und der Zivilgesellschaft, gemeinsam praktikable Lösungen in Konfliktsituationen zu finden. In den Friedensforen bauen die Teilnehmer in regelmäßigen Treffen Vertrauen zueinander auf, üben gegenseitige Akzeptanz und Toleranz, überwinden Misstrauen und Ängste und entwickeln eine gemeinsame Strategie zur Lösung gesellschaftlicher Konflikte.

Dabei sind die Teilnehmer immer wieder mit zwei entgegengesetzten Haltungen innerhalb des Militärs konfrontiert: Auf der einen Seite mit der traditionellen Logik der Sicherheitskräfte, die von autoritären Befehls- und Gehorsamsstrukturen ausgeht, auf der anderen Seite mit der Idee des „Baionnette Intelligente“, die den mitdenkenden moralisch verantwortungsbewussten und mitentscheidenden Staatsbürger in Uniform vor Augen hat. Das muss bei den Fortbildungsseminaren für Sicherheitskräfte und bei der Zusammenarbeit mit dem Militär berücksichtigt werden.

Durch kontinuierliche Arbeit entsteht zwischen diesen Polen immer mehr Spielraum für die Friedensarbeit – auch für jeden Einzelnen: Der denunzierte Kommandant bat einige Zeit nach den Ereignissen in Labé die WFD-Friedensfachkraft zu einer Beratung bei einer Konfliktlösung auf seiner Arbeitsstelle, um zu erfahren, wie der gewaltfreie Stil in diesem Rahmen wirken kann. Doch ohne einen deutlichen politischen Willen zu Demokratisierung und Rechtsstaatlichkeit durch die politischen Entscheidungsträger bleibt die Arbeit für Frieden und Menschenrechte sehr schwierig.

Offiziere ändern ihr Verhalten und suchen nach gewaltfreien Alternativen

Aboubacar Souaré arbeitet seit 1995 für den WFD, seit 2008 als ZFD-Fachkraft. Vor dieser Zeit war der gebürtige Guineer Gymnasiallehrer und Universitätsdozent

Susanne Souaré arbeitet seit 2008 im ZFD-Projekt, dokumentiert es fotografisch und betreut das Projekt organisatorisch und konzeptionell